



Paul Tiedemann

Flüchtlingsrecht

Die materiellen
und verfahrensrechtlichen
Grundlagen

 Springer



Paul Tiedemann

Flüchtlingsrecht

Die materiellen
und verfahrensrechtlichen
Grundlagen

 Springer

Flüchtlingsrecht

Paul Tiedemann

Flüchtlingsrecht

Die materiellen und
verfahrensrechtlichen Grundlagen



Springer

Paul Tiedemann
Frankfurt
Deutschland

ISBN 978-3-662-43656-1 ISBN 978-3-662-43657-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-662-43657-8
Springer Heidelberg New York Dordrecht London

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Dieses Buch ist aus dem Skript zu der Vorlesung „Deutsches, Europäisches und Internationales Flüchtlingsrecht“ hervorgegangen, die ich seit dem Wintersemester 2007/2008 im Rahmen des Refugee Law Clinic Projects an der Justus-Liebig-Universität in Gießen wiederholt gehalten habe. Das Skript ist dabei kontinuierlich weiterentwickelt worden und hatte am Ende einen Umfang angenommen, der dem eines Lehrbuchs schon sehr angenähert war.

Dieser Umstand und die leichte Zugänglichkeit über das Internet hatte zur Folge, dass das Skript sich auch außerhalb der Vorlesung in ganz Deutschland zunehmender Aufmerksamkeit erfreute und mir Rückmeldungen nicht nur von anderenorts Studierenden, sondern auch von Rechtsanwälten, Beamten und Mitarbeitern von NGOs eintrug. So erfreulich dieser Zuspruch auch war, schien er mir doch zunehmend mit Risiken verbunden, die ich nicht mehr tragen wollte. Viele Inhalte waren nämlich nur höchst abgekürzt, teilweise nur stichwortartig abgehandelt worden. Darin konnte ich kein Problem sehen, solange das Skript nur im Rahmen meiner Vorlesung rezipiert wurde, in der diese Andeutungen natürlich ausführlich erläutert werden konnten. Die zunehmende Nutzung des Skripts außerhalb dieses Kontexts barg aber das Risiko von Missverständnissen. Dies ließ den Gedanken reifen, den Text zu überarbeiten, ihm die Gestalt eines Buches zu geben, das sich unabhängig von der Vorlesung lesen lässt, und das Werk dann auch als solches zu veröffentlichen. Ich danke in diesem Zusammenhang dem Springer Verlag und der Lektorin, Frau Anke Seyfried, für ihre Aufgeschlossenheit für das Projekt und die stets angenehme Zusammenarbeit bei seiner Realisierung.

Der Darstellung liegt die Rechtslage zugrunde, wie sie ab dem 1. Januar 2014 gilt. Soweit sich künftige Gesetzesänderungen bereits absehen lassen, weil die entsprechenden EU-Richtlinien bereits in Kraft gesetzt sind oder Gesetzentwürfe die Öffentlichkeit erreicht haben, sind sie mit einem entsprechenden Hinweis ebenfalls berücksichtigt. Im Übrigen entspricht das Buch meinem eigenen Wissensstand zum Zeitpunkt Anfang September 2014.

Ich danke allen Studentinnen und Studenten der vergangenen Semester, die mich – meist via E-Mail – auf Fehler, Unstimmigkeiten oder Lücken in dem Skript hin-

gewiesen haben. Ich bin auch künftig sehr dankbar für jeden Hinweis, der zur Verbesserung des Buches in etwaigen künftigen Auflagen führt. Dazu können Sie sich direkt an mich wenden (Paul.Tiedemann@recht.uni-giessen.de).

Frankfurt a. M./Gießen,
im September 2014

Paul Tiedemann

Inhaltsverzeichnis

1	Geschichte des Ausländer- und Asylrechts	1
1.1	Weltgeschichte des Asylrechts	1
1.2	Geschichte des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland	8
2	Einführung in das allgemeine Ausländerrecht	15
2.1	Typologie der staatsrechtlichen Status	15
2.1.1	Deutscher Staatsbürger	15
2.1.2	Statusdeutsche	16
2.1.3	Spätaussiedler	16
2.1.4	EU-Ausländer	16
2.1.5	Drittstaats-Ausländer	17
2.1.6	Staatenlose	17
2.2	Einreise und Aufenthalt nach AufenthG	17
2.2.1	Allgemeine Voraussetzungen für Einreise und Aufenthalt	18
2.2.2	Allgemeine Voraussetzungen des Aufenthaltstitels (§ 5 AufenthG)	18
2.2.3	Typen von Aufenthaltstiteln	18
2.2.3.1	Visum	18
2.2.3.1.1	Schengen-Visum (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	18
2.2.3.1.2	Flughafentransitvisum (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	19
2.2.3.1.3	Nationales Visum (§ 6 Abs. 3 AufenthG)	19
2.2.3.2	Aufenthaltsurlaubnis (§ 7 AufenthG)	19
2.2.3.3	Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche (§ 18c AufenthG)	21
2.2.3.4	Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG)	21
2.2.3.5	Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	21
2.2.3.6	Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a AufenthG)	21
2.2.3.7	Aufenthalts gestattetung (§ 55 AsylVfG)	22
2.2.3.8	Duldung (§ 60a AufenthG)	22

2.3	Beendigung des Aufenthalts	22
2.3.1	Erlöschen des Aufenthaltstitels (§ 51 AufenthG)	22
2.3.2	Ausweisung	23
2.3.3	Zurückweisung/Einreiseverweigerung	23
2.3.4	Zurückschiebung	24
2.3.5	Abschiebung (§ 58 AufenthG)	25
2.3.6	Folgen erfolgter Abschiebung und Ausweisung	26
3	Materielles Flüchtlingsrecht	27
3.1	Das System der Statūs und Positionen	27
3.1.1	Die Arten der flüchtlingsrechtlichen Statūs und Positionen	27
3.1.1.1	Sechs verschiedene Statūs und Positionen	27
3.1.1.2	Sprachregelungen	27
3.1.1.3	Die Redundanz von Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft	28
3.1.2	Die verschiedenen Normebenen und ihr Verhältnis zueinander	30
3.1.2.1	Die nationalen Rechtsquellen	30
3.1.2.2	Verhältnis des nationalen Rechts zum Unionsrecht	30
3.1.2.3	Verhältnis des nationalen Rechts zum Völkerrecht	31
3.2	Flüchtlingseigenschaft	32
3.2.1	Inklusionsklauseln der Flüchtlingseigenschaft	32
3.2.1.1	Aufenthalt außerhalb des Herkunftslandes	33
3.2.1.2	Aus begründeter Furcht (vor Verfolgung)	34
3.2.1.3	Verfolgung	34
3.2.1.3.1	Verfolgungshandlung	34
3.2.1.3.2	Individualität und „Gerichtetheit“ der Verfolgung	38
3.2.1.3.3	Gruppenverfolgung	39
3.2.1.3.4	Nachfluchtatbestände	39
3.2.1.3.5	Bürgerkriegsflüchtlinge	41
3.2.1.4	„durch wen auch immer“ (Verfolgungsakteur)	41
3.2.1.5	„wegen“	42
3.2.1.6	Verfolgungsgründe	44
3.2.1.6.1	Rasse	44
3.2.1.6.2	Religion	45
3.2.1.6.3	Nationalität	45
3.2.1.6.4	Politische Überzeugung	46
3.2.1.6.5	Mitgliedschaft in einer bestimmten sozialen Gruppe	46
3.2.1.7	Schutzlosigkeit	51
3.2.1.8	Interner Schutz	52
3.2.1.9	Anderweitige Verfolgungssicherheit	53

3.2.2	Exklusionsklauseln der Flüchtlingseigenschaft	53
3.2.2.1	Schutz und Beistand einer UN-Organisation	53
3.2.2.2	Völkerrechtsverbrechen	54
3.2.2.3	Schwere nichtpolitische Verbrechen außerhalb des Aufnahmelandes	55
3.2.2.4	Handlungen, die den Zielen und Grundsätzen der UN zuwiderlaufen	56
3.2.2.5	Versagung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	57
3.3	Asylberechtigung	58
3.3.1	Inklusionsklauseln der Asylberechtigung	58
3.3.1.1	Verfolgung	59
3.3.1.2	„wegen“	60
3.3.1.3	Asylmerkmale (Verfolgungsgründe)	60
3.3.1.4	Staatlichkeit der Verfolgung	61
3.3.1.5	Anderweitige Verfolgungssicherheit	61
3.3.2	Exklusionsklauseln der Asylberechtigung	62
3.3.2.1	Sicherer Drittstaat	62
3.3.2.2	Sicherer Herkunftsstaat	64
3.3.2.3	(Keine?) Exklusion von Straftätern und Ex-Terroristen	65
3.3.3	Vergleich Art. 16a GG/ GFK	68
3.4	Subsidiärer Schutzstatus	69
3.4.1	Nichterfüllung der Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling	70
3.4.2	Ernsthafter Schaden	70
3.4.2.1	Allgemeine Voraussetzungen	71
3.4.2.2	Inklusionsklauseln des subsidiären Schutzes	71
3.4.2.2.1	Todesstrafe	71
3.4.2.2.2	Folter, erniedrigende und unmenschliche Behandlung	71
3.4.2.2.3	Kriegs- und Bürgerkriegsgefahren	72
3.4.2.3	Exklusionsklauseln des subsidiären Schutzes	74
3.4.2.4	Zuerkennung des subsidiären Schutzes ist Status-VA	75
3.4.2.5	Rechtsfolgen des subsidiären Schutzstatus	75
3.5	Nationaler subsidiärer Schutz	76
3.5.1	Abschiebungsschutz nach EMRK	76
3.5.2	Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG	77
3.5.3	Keine Exklusionsklauseln	79
3.5.4	Entscheidung des BAMF	79
3.6	Familienasyl und internationaler Familienschutz	80
3.6.1	Inklusionsklauseln des Familienasyls/internationalen Familienschutzes	80
3.6.1.1	Ehegatte oder Lebenspartner (§ 26 Abs. 1 AsylVfG)	80

3.6.1.2	Kinder (§ 26 Abs. 2 AsylVfG)	81
3.6.1.3	Eltern und andere sorgeberechtigte Personen (§ 26 Abs. 3 S. 1 AsylVfG)	81
3.6.1.4	Geschwister (§ 26 Abs. 3 S. 2 AsylVfG)	81
3.6.2	Exklusionsklauseln des Familienasyls/internationalen Familienschutzes	81
3.6.3	Kein Schutz des Familienverbandes bei Abschiebeschutz- berechtigten	82
3.7	Beendigung und Aufhebung der Schutzstatus	82
3.7.1	Erlöschen des Asyl- und Flüchtlingsstatus	82
3.7.2	Widerruf	83
3.7.2.1	Widerruf der Asylberechtigung und der Flücht- lingseigenschaft	83
3.7.2.1.1	Widerruf wegen Wegfall der Umstände	83
3.7.2.1.2	Widerruf wegen nachträglich erfülltem Exklusionsgrund	85
3.7.2.1.3	Rechtsfolgen des Widerrufs	86
3.7.2.2	Widerruf des subsidiären Schutzes	86
3.7.2.3	Widerruf der Feststellungen zum Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	87
3.7.3	Rücknahme	87
3.8	Beweislast und Prognosemaßstab	88
3.8.1	Tatsachen im Inland/ Tatsachen im Herkunftsland	88
3.8.2	„Real Risk“-Formel oder Grundsatz der „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“?	90
3.8.3	Beweiserleichterung	92
4	Von der Solidarität mit Gleichgesinnten zur menschenrechtlichen Solidarität	95
4.1	Flüchtlingsrecht vor 1951	96
4.2	Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951	99
4.3	„Mitgliedschaft in einer bestimmten sozialen Gruppe“	100
4.4	Der Wegfall der Verfolgungsgründe im „kleinen Asyl“	103
4.5	Subsidiärer Schutzstatus nach EU-Recht	104
4.6	Gegenläufige Bewegungen	106
5	Asylverfahren	107
5.1	Rechtsgrundlagen	107
5.2	Asylgesuch (= um Asyl „nachsuchen“)	108
5.3	Einweisung in die Aufnahmeeinrichtung	109
5.4	Erkennungsdienstliche Maßnahmen	110
5.5	Aufenthaltsstatus während des Verfahrens	110
5.6	Asylantrag	110

5.7	EU-Zuständigkeit (Dublin III)	112
5.7.1	Kriterien der Zuständigkeit	113
5.7.2	Das Dublin-Verfahren	114
5.8	Durchführung des Asylverfahrens	116
5.9	Flughafenverfahren (§ 18a AsylVfG)	117
5.10	Entscheidung	118
5.10.1	Gegenstand	118
5.10.2	Rechtsnatur	118
5.10.3	Inhalt	119
5.10.3.1	Ablehnende Entscheidungen	119
5.10.3.1.1	Ablehnung als unbeachtlich	119
5.10.3.1.2	Ablehnung als unzulässig	120
5.10.3.1.3	Ablehnung als offensichtlich unbegründet	120
5.10.3.1.4	Ablehnung als (einfach) unbegründet	123
5.10.3.2	Stattgebende Entscheidungen	123
5.10.4	Form	124
5.10.5	Frist	124
5.11	Rechtsschutz	124
5.12	Besonderheiten des Verwaltungsprozesses	125
5.13	Folgeantrag (§ 71 AsylVfG)	125
6	Der Aufbau eines Gutachtens	127
6.1	Sachverhalt	127
6.1.1	„Unstreitiger“ Sachverhalt	127
6.1.2	Vorbringen des Antragstellers	128
6.1.3	Glaubhaftigkeit	128
6.1.3.1	Konsistenz des Vorbringens	128
6.1.3.2	Ableich mit der Lage im Herkunftsland	129
6.1.4	Glaubwürdigkeit	130
6.1.5	Zusammenfassende Würdigung des Sachverhalts	131
6.2	Rechtliche Würdigung	132
6.2.1	Zuständigkeit eines anderen Staates	132
6.2.2	Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter	132
6.2.3	Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	132
6.2.4	Anspruch auf Feststellung des subsidiären Schutzstatus	133
6.2.5	Anspruch auf nationalen subsidiären Schutz	133
6.2.6	Anspruch auf Anerkennung von Familienasyl/Familienflüchtlingsschutz	134
6.2.7	Entscheidungsvorschlag	134
7	Prüfungsschemata	135
7.1	Flüchtlingseigenschaft (§ 3 AsylVfG)	136
7.2	Asylberechtigung (Art. 16a GG)	139
7.3	Subsidiärer Schutz (§ 4 AsylVfG)	141

7.4	Nationaler Subsidiärer Schutz (§ 31 Abs. 3 S 1 AsylVfG i. V. m. § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG)	142
7.5	Widerruf (§§ 73–73c AsylVfG)	143
7.6	Folgeverfahren/Zweitverfahren	144
8	Fälle und Lösungen	145
8.1	Familiennachzug	145
8.1.1	Sachverhalt	145
8.1.2	Lösungsvorschlag	146
8.2	Flüchtlingsbegriff – Inklusionsklauseln	147
8.2.1	Sachverhalt Fall 1	147
8.2.2	Lösungsvorschlag Fall 1	147
8.2.3	Sachverhalt Fall 2	148
8.2.4	Lösungsvorschlag Fall 2	149
8.3	Flüchtlingsbegriff – Exklusionsklauseln	150
8.3.1	Sachverhalt	150
8.3.2	Lösungsvorschlag	150
8.4	Subsidiärer Schutz	152
8.4.1	Sachverhalt Fall 1	152
8.4.2	Lösungsvorschlag Fall 1	152
8.4.3	Sachverhalt Fall 2	153
8.4.4	Lösungsvorschlag Fall 2	154
8.5	Beendigungsklauseln	155
8.5.1	Sachverhalt Fall 1	155
8.5.2	Lösungsvorschlag Fall 1	155
8.5.3	Sachverhalt Fall 2	156
8.5.4	Lösungsvorschlag Fall 2	157
9	Philosophische Reflexionen	159
9.1	Gibt es ein Recht auf globale Freizügigkeit?	161
9.2	Inhalt und Grenzen eines Menschenrechts auf Asyl	165
	Rechtsprechung	169
	Datenbanken	175
	Literatur	179
	Sachverzeichnis	183

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Anderer Ansicht
a.F.	Alte Fassung
ABl L	Amtsblatt der Europäischen Union Nummer Teil L [Ausgabe]/[Seite]
AE	Aufenthaltserlaubnis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i.d.F. des Vertrags von Lissabon ABl C 306/1 v. 17.12.2007
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 02.09.2008 (BGBl 2008 I 1798) i. d. F. des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2011/95/EU v. 28.08.2013 (BGBl 2013 I 3474)
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht. Bonn: Luchterhand Fachverlag. [Jahr], [Seite]
AufenthG	Aufenthaltsgesetz i. d. F. d. Bekanntmachung v. 25.02.2008 (BGBl 2008 I 162) i. d. F. des Gesetzes v. 06.09.2013 (BGBl 2013 I 3556)
AufenthV	Aufenthaltsverordnung v. 25.11.2004 (BGBl 2004 I 2945 i. d. F. d. 9. Änderungsverordnung v. 23.09.2013 (BGBl 2013 I 3707)
B. v.	Beschluss vom
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BeschäftV	Beschäftigungsverordnung v. 06.06.2013 (BGBl 2013 I 1499)
BGBI.	Bundesgesetzbuch [Jahr] [Teil] [Seite]
BMI	Bundesinnenministerium
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Buchholz	Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. München: C. H. Beck
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerfG
BVerfGK	Sammlung der Kammerentscheidungen des BVerfG
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
BVFG	Bundesvertriebenengesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 10.08.2007 (BGBl. I S. 1902), i.d.F. d. Gesetzes v. 06.09.2013 (BGBl. I S. 3554)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt. Köln: Carl Heymanns [Jahr], [Seite]
DublinVO	VO (EU) Nr. 604/2013 v. 26.06.2013 (ABl L 180/31 v. 29.06.2013)
EAE	Erstaufnahmeeinrichtung

EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe beider Länder. München: C.H. Beck [Band], [Seite]
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof Der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift. Kehl: Engel. [Jahrgang] ([Jahr]), [Seite]
EURODAC	EU Datenbank für den Abgleich von Fingerabdruckdaten nach VO (EU) Nr. 603/2013
GFK	„Genfer Flüchtlingskonvention“=Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
GG	Grundgesetz
GK-AsylVfG	Gemeinschaftskommentar zum AsylVfG hrsg. v. Fritz/Vormeier
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HV	Hessische Verfassung
InfAusR	Informationsbrief Ausländerrecht. Bonn: Luchterhand fachverlag [Jahrgang] ([Jahr]), [Seite]
IGH	Internationaler Gerichtshof
i.S.d.	im Sinne des/der
JuS	Juristische Schulung. München/Frankfurt: C.H. Beck [Jahr], [Seite]
lit.	littera (Buchstabe)
NE	Niederlassungserlaubnis
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. München/Frankfurt: C.H. Beck [Jahr], [Seite]
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport. München: C.H. Beck [Jahr], [Seite]
ou	Offensichtlich unbegründet
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE MüLü	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig Holstein in Lüneburg. Köln: Schmidt [Band], [Seite]
QRL	„Qualifikationsrichtlinie“=RL (EU) 2011/95/EU v. 20.12.2011 (ABl L 337/9 v. 20.12.2011)
Res	Resolution
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn	Randnummer
S.	Seite/Satz
SDÜ	Schengener Durchführungsabkommen v. 14.06.1985 (ABl L 239/19 v. 22.09.2000)
Slg.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des EuGH [Jahr], [Seite]